

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Dosschedkonto Dresden 2640

Ersteilung mit Ausnahme der Sonntage und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Tagespreis bei Bestellungen monatlich 20, durch einen Kurier zu tragen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen monatlich 20 mit Postgebühren. Die Postämter und Poststellen sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle längerer Abwesenheit, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Zeitung haben Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Tagespreises.



Inserentenpreis. Die für die 6 gelbtenen Anzeigen über deren Raum, Namen, die 2 tägige Anzeigenzeit. Die bei Wiederholung entfallender Preisnachlässe. Die Anzeigen im amtlichen Teil sind von 10 Uhr bis 12 Uhr die Zeitungszeitung. Die Anzeigen im amtlichen Teil sind von 12 Uhr bis 10 Uhr. Für die Zeitungszeitung übermitteln die Anzeigen vor dem 10. Uhr. Jeder Anzeigenauftrag enthält, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Druckere: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 42

Sonnabend den 18. Februar 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- General Koller sandte eine neue Note über die „Deutschen Werte“ nach Berlin, in der bis zum 15. Mai neue Unterlagen für die Umstellung der Betriebe gefordert werden.
- Der Zentralverband der Angestellten fordert in einer Eingabe an die Parlamente die Erhöhung der Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht auf 100 000 Mark.
- Die Meldungen über französisch-russische Abmachungen werden in Paris als unwahr bezeichnet.
- Von amtlicher britischer Seite wird erklärt, daß die Gerichte, Lloyd George beabsichtige, zurückzutreten, vollkommen unbegründet seien.
- In Ostindien (Zentralindien) sind 10 000 Eingeborene im Aufstand.

Wie es kam.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns über die Annahme des Vertrauensvotums für den Reichkanzler Dr. Brüning im Reichstage geschrieben: Man einer traute seinen Ohren nicht, als Präsident Ebert unter lauter Spannung des Hauses die entscheidenden Zahlen verlas: 230 für Brüning, 185 gegen Brüning und 16 weder für noch gegen Brüning. Das ergab zwar genau die Mehrheit von 45 Stimmen, die alle sachverständigen Kalkulatoren des Hauses, den Reichstag in der Hand, seit Tagen herausgerechnet hatten, und als später ein nicht unwesentlicher Irrtum in dieser Aufstellung mitgeteilt werden mußte, daß nämlich nur 230, nicht 230 Brüning-Stimmen in den Abstimmungsurnen enthalten waren, die Regierungsmehrheit also auf 35 Stimmen zusammengesunken war, wollte trotzdem das Stimmengremium unter den Volksboten nicht viel geringer werden. Man hatte im Verlauf der Debatte allenthalben gerade noch eine ganz kleine Mehrheit, vielleicht von einem halben Dutzend Stimmen, für das Vertrauensvotum der Regierungsparteien erhofft und wußte sich gar nicht recht zu erklären, wo denn nun eigentlich die gewiß nicht überwältigende, aber immerhin doch völlig ausreichende Mehrheit für Brüning hergekommen war. Nicht einmal die Bayerischen Volksparteier hatten sich entschließen können, für den „Kanzler aus Preußen“ einzutreten, worauf man sich seit Tagen gefaßt gemacht hatte. Mehr als Stimmhaltung wollte ihr offizieller Fraktionsbeschuß Herrn Brüning nicht zubilligen. Und die Unabhängigen gar, die man schon so gut wie für Brüning gewonnen glaubte, hatten in doppelter Rednergarnitur gegen die Regierung geverteilt, wie wenn sie unmittelbar vom Königspfalz in ihre offene Feldschlacht, d. h. in den Wahlkampf hineinspringen wollten. „Nichts von Vertrauen, nichts von Bestätigung, nieder mit der Reaktion!“ Das war die Losung der Herren Crispian und Dittmann — wobei unter Reaktion nicht etwa die Herren Hergt und Stinnes und Stresemann gemeint waren, sondern Herr Brüning und seine sozialistischen Ministerkollegen, das Zentrum, die Demokraten und vor allem und zumeist die Brüder von der Mehrheitssozialdemokratie! Also Kampf, Kampf bis aufs Messer.

Wie man aber den Schaden — oder soll man lieber sagen: den Nutzen? — befaß, waren von den rund 60 Unabhängigen ganze 32 der Fraktionsparole gefolgt; 25, mit Dr. Treitschke an der Spitze, hatten nicht etwa sich der Abstimmung enthalten, was durch Abgabe blauer Stimmzettel zu geschehen hat, sondern sie waren der Abstimmung aus dem Wege gegangen. Mit andern Worten: sie hatten den Saal verlassen, um für die Gesamtzahl der bei dieser Entscheidung abgegebenen Stimmen überhaupt nicht mitzuzählen zu werden. Bei 421 insgesamt abgegebenen Stimmen beträgt nun die absolute Mehrheit 211. Der Kanzler hatte also mit seinen 220 bestehenden Reichstagsabgeordneten nur eine wirkliche Mehrheit von 9 Stimmen im Reichstage. Hätten dagegen jene 15 Unabhängigen ebenfalls mit „Nein“ gestimmt oder auch nur blaue Stimmhaltungsstempel abgegeben, so wären insgesamt 436 Stimmen vorhanden gewesen, die absolute Majorität hätte 219 ausgemacht und die Mehrheit des Kanzlers hätte sich auf eine Stimme beschränkt. Das wäre nach den vorangegangenen Erklärungen der Regierung für die Fortführung der Amtsgeschäfte ungenügend gewesen. So aber durfte der Kanzler mehr oder weniger befriedigt das Lokal verlassen. Mit dem Aufstufungsbekret des Herrn Reichspräsidenten in der Tasche, auf dessen Vorhandensein die ganz Eingeweihten Steln und Weir schworen, während andere Leute, die noch nicht verstanden haben, daß Vertrauen immer und überall als die besondere Tugend der Demokratie gepriesen worden ist, fest und steif davon überzeugt waren, daß hier im letzten entscheidenden Augenblick lediglich mit einem Märchen gearbeitet worden sei, um angälische Gemüter in die Regierungshände hineinzutreiben. Die dem auch sein möge, der Erfolg hat wieder einmal für Herrn Dr. Brüning entschieden, und für eine Weile wird nun wohl die liebe parlamentarische Seele Ruhe haben. Die 220 Stimmen, die auf die Frage nach dem Vertrauensvotum mit „Ja“ antworteten, setzen sich zusammen aus 107 Sozialdemokraten, 67 Zentrumselementen, 38 Demokraten, 4 Bauernbündlern, 2 Weissen und 2 Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei.

Noch eint: Die 25 Unzufriedenen der Unabhängigen Sozialdemokratie haben ihre Schwänzerlei vor der entscheidenden Abstimmung mit einem persönlichen Opfer erkaufen müssen, denn jedem der Abgeordneten, die an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnehmen, werden nach den im Reichstage herrschend gewordenen Gebräuchen für diese parlamentarische Pflichtverletzung um 100 Mark von ihren mit der Zeit ganz auskömmlich herausgehögerten Diäten abgezogen. Ist es nicht eine Selbsterlöschung sondergleichen, daß auch dieses Druckmittel dem Herren Treitschke und Genossen gegenüber verfaßt? Und darf man nicht darauf rechnen, daß ihnen um dieser pekuniären Selbstlosigkeit willen, die sie bewiesen haben, von den Massen draußen im Lande, wenn es im Strauß mit Mehrheitslern und Kommunisten hart auf hart gehen wird, wenigstens mildernde Umstände bewilligt werden sollten? Jedenfalls muß man ihnen dankbar dafür sein, daß sie neben den vielen ernsthaften Gedanken, zu denen der Ausklang dieser vorläufig letzten Regierungskrisis reichlichen Anlaß gibt, auch für einigen Humor gesorgt haben. Können wir doch in unseren gramvollen Tagen etwas mehr von dieser Sorte genießen!

Die Sorge um die Zukunft.

Pressestimmen zum Vertrauensvotum. Nur wenige Blätter begnügen sich angesichts des Abstimmungsergebnisses über die Vertrauensfrage, die der Kanzler im Reichstag gestellt hatte, damit, die gegenwärtige Lage mit mehr oder weniger Genugtuung zu kennzeichnen. Die meisten richten ihren Blick besorgt in die Zukunft und äußern dabei — gleichgültig, ob sie der Regierung wohlwollend oder ablehnend gegenübersehen — mancherlei Befürchtungen, Warnungen und Mahnungen. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt u. a.: „Herr Dr. Brüning ist zum dritten Male von den Unabhängigen gerettet worden, und zwar aus Grund einer Unberechnung. Das durch ist die Politik der deutschen Regierung auf einer Bahn festgehalten, die außen- wie innenpolitisch von den schwersten Folgen für das Deutsche Reich begleitet sein muß. Sicherlich spielt dabei eine große Rolle die Angst davor, daß bei einem Rücktritt des Kanzlers eine bürgerlich orientierte Regierung an die Stelle der bisherigen treten würde. Von einer solchen wird man sich für ihre Parteiziele nicht gut lassen. Die U. S. D. wird sicherlich immer und immer wieder für ihre Unterstützung die Rechnung präsentieren.“ — In der „Täglichen Rundschau“ heißt es: „Die offene Feldschlacht wurde in tagelangem Aushandeln so arrangiert, daß es schließlich nicht fehlen konnte an einer Mehrheit, die Herr Brüning für geeignet hielt, um sich auch weiterhin für den Berufenen der Nation zu halten oder auszugeben. Die Möglichkeit der großen Koalition, der Vertretung der Regierungsbasis nach rechts, ist durch die „offene Feldschlacht“ Herrn Brüning, durch diesen angestricheltem „Zusammenbruch“ der Geister endgültig begraben. Die Politik Herrn Brüning war Sabotage dieser großen Koalition. An ihre Stelle tritt die Möglichkeit einer Koalition von Brüning bis Dittmann und Crispian. — Die volksparteiliche Zeit sagt: „Zunächst dürfte auch Herr Dr. Brüning sich in die klare Erkenntnis eingearbeitet haben, daß Sicherheit und Stabilität der Regierung sich nur auf breiterer Basis errichten läßt, als er sie ihr bisher gegeben. Brüning stülte und tiefe Liebe zu dem linken Flügel der Sozialdemokraten, den Unabhängigen, dürfte in diesen Tagen einige Stöße erlitten haben, denn so gering schätzen wir sein politisches Verständnis wirklich nicht ein, daß er nicht einzusehen vermochte, daß ein Bündnis mit den Crispian und Dittmann eine Höhenfahrt des Staates bedeuten würde. Ob Herr Dr. Brüning geht oder bleibt, er wird sich sagen müssen, daß es auf dem bisherigen Wege und nach der bisherigen Methode nicht weiter geht.“

In der Presse der Mittelparteien wird nur teilweise eine uneingeschränkte Freude an dem Ergebnis der Abstimmung geäußert oder auch mit scharfen Angriffen gegen die Volkspartei verbunden. Andererseits hört man auch hier auf Bedenken, ob der Kurs wie bisher weitergeführt werden kann.

Das Zentrumblatt Germania schreibt: „Es ist ganz offenkundig, daß der Kampf der Opposition, besonders auf der rechten Seite, der Verlorer des Reichstages galt. In diesem Kampfe sind die Gegner schmachvoll unterlegen. So darf der Kanzler heute auch das Vertrauen des Reichstages als eine persönliche Genugtuung betrachten, als eine Vertrauensfindung der Mehrheit des Reichstages und damit des deutschen Volkes.“ Ferner stellt die Germania fest, daß im ersten Reichstag der deutschen Republik bisher noch keine Regierung über eine ausgesprochene Mehrheit verfügt hat. Alle bisherigen Regierungen waren Minderheitsregierungen, auf die hilflose Unterfütterung der Fraktionsparteien angewiesen. Zum erstenmal habe der Reichstag seiner Regierung positiv gesagt, daß er ihre Politik billigt. — Die demokratische Wörzezeitung meint: „Dr. Brüning wird sich vor Augen zu halten haben, daß die Mehrheit gewiß überaus froh war, aber nur von den drei Parteien der kleinen Mitte und mit indirekter Unterstützung der Unabhängigen zustandegebracht wurde, mit welcher letzterer er aber keine positive Politik machen kann.“ — Die Vossische Zeitung schreibt: „Wir haben dieses Ergebnis der Abstimmung gewünscht, weil wir im Reichskanzler Brüning den Exponenten des Vertrauens eines großen Teiles des deutschen Volkes im Zustand und Ausland sehen. Aber gerade deshalb dürfen wir uns nach dieser heissen Schlacht dem Reichskanzler raten, in Zukunft solchen gefährlichen Situationen vorzubeugen.“ — Das Berliner Tageblatt richtet eine besonders scharfe Spitze gegen die Volkspartei und erklärt: „Die Deutsche Volkspartei wird bei den unmittelbar bevorstehenden Beratungen über das Steuerkompromiß Rathe belegen müssen. Wenn sie sich jetzt nicht dazu

hält, wird schließlich das Steuerkompromiß von einer anderen Mehrheit durchgeführt werden, mit Variationen freilich, die der Volkspartei nicht so glatt heruntergehen werden wie die viel unspitzere Zwangsanteile.“

Aus der sozialistischen Presse erkennt man, daß die Verbindung zwischen der S. P. D. und der U. S. D. noch sehr locker ist. Die S. P. D. hält sich noch alle Koalitionsmöglichkeiten offen und verlangt von den anderen positive Arbeit, die U. S. D. aber kündigt bereits an, daß sie bei den Steuerberatungen erst die wirkliche Entscheidung erwartet.

Im Vorwärts wird gesagt: „Man soll jetzt, nachdem die alte Koalition sich in der schwierigsten Krise als durchaus leistungsfähig erwiesen hat, nicht gleich wieder mit alten Gerberei und alten Vorschlägen zur „Verbereitung der Koalition“ kommen, sondern an die praktische Arbeit herangehen. Dann wird sich organisch und ganz von selbst ergeben, was man mit Überredung, Verschönerung und Erpressung beneidlich zu erreichen versucht. Mögen die Unabhängigen aus ihren Erfahrungen lernen und dazu kommen, mit der Sozialdemokratie zusammen sachliche Arbeiterpolitik zu treiben.“ — Die Freiheit aber schreibt: „Es damit die Krise wirklich gelöst? Wir denken, das wird Dr. Brüning selbst nicht glauben. Die Steuerfragen helfen Antwort. Und da wird ein Ausweichen nicht leicht möglich sein. Dr. Brüning wird sich entscheiden müssen, ob er mit der Deutschen Volkspartei innere Politik gegen seine Außenpolitik machen will. Versucht er es, dann wird er dabei schweren Schiffbruch erleiden.“

Die Presse des Auslandes.

In Paris wird das Ergebnis der Abstimmung im Reichstag im allgemeinen als über Erwarten großer Erfolg des Kabinetts Brüning bezeichnet. „Echo de Paris“ äußert die Ansicht, daß Brüning vom deutschen Volke nur gebühret, aber keineswegs gebilligt werde. Als Kuriosum sei erwähnt, daß der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien“ die Lage mit einer Wortwahl kennzeichnet, das er auf der Pressebühne des Reichstages gehört hat und in folgender Form deutsch wiedergibt: „Es wird weiter fortgeschritten.“ — Der Berliner Korrespondent der „Times“ sagt, das Ergebnis des Vertrauensvotums für den Kanzler Brüning müsse insofern willkommen gesehen werden, als es die Luft für seine Erklärungsposition reinigt. Es sei gleichzeitig ein Vertrauensvotum für Dr. Rathenau und müsse auch in dieser Hinsicht von den verbündeten Ländern mit Freude aufgenommen werden.

Das Schicksal der Deutschen Werte

Eine neue Note General Kollers. Schon seit langer Zeit geht der Kampf um den Fortbestand der großen Werksstätten in Spandau, Hanau und Erfurt, die im Kriege Material lieferten, nach dem Frieden auf andere Produktionszweige umgestellt wurden, aber von der Entente-Kontrollkommission als verächtlich angesehen und zur Vernichtung verurteilt wurden. In langer Auseinandersetzung in Form eines Notenwechsels, verschiedener Besichtigungen und Konferenzen wurde dann eine Entscheidung des Vorkommissars in Paris erzielt, wonach bei der Umstellung und dem teilweisen Wiederaufbau der Werke die Arbeiterinteressen berücksichtigt werden müßten. Nunmehr hat General Koller eine neue Note über die Deutschen Werte an das Anwaltliche Amt gerichtet, worin im wesentlichen gesagt wird:

Nachdem grundsätzlich festgelegt worden ist, daß die Umstellung der verbotenen Produktionszweige in den Deutschen Werken ausgeführt werden muß, wobei den besonderen Interessen der Arbeiter Rechnung zu tragen sei, erucht die Kommission, daß ihr zum 15. Mai 1922 folgende Unterlagen überreicht werden: a) das zukünftige Produktionsprogramm für die Werke, b) ein Übersichtsplan, aus dem die Ruhmarmachung der in Betracht kommenden Werksstätten und Maschinen ersichtlich ist. Ferner wird bestimmt: Im Werk Erfurt und Spandau-Hafelshorst darf die Herstellung von Schusswaffen, Jagd- und Sportmunition nicht weitergeführt werden. Die Werke dürfen jedoch provisorisch diese Produktion unter gewissen Bedingungen weiterführen. Im Werk Spandau wird die Herstellung von Nitrogendüngern verboten. Die Genehmigung, die Produktion fortzuführen, wird nur provisorisch und unter Vorbehalt erteilt, dagegen die endgültige Genehmigung zur Herstellung von Kalium für Düngemittel und zur Herstellung von künstlichem Leder, zur Herstellung von Schmirgelpapier, Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven, sowie aller der Friedensfabrikation dienenden Nebenarbeiten, die bisher schon ausgeführt werden.

Man hat in Berlin den Eindruck, daß diese neue Note ziemlich ungünstige Aussichten eröffnet, daß aber zunächst durch neue Verhandlungen versucht werden muß, einige Unklarheiten, die auch mit dem Friedensvertrag nicht im Einklang stehen, zu beseitigen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Das keine Deutsche Eigentum in Italien. Nach einer Verfügung des italienischen Handelsministeriums ist als letzter endgültiger Termin für die Einreichung von Anträgen auf Rückgabe des sogenannten kleinen deutschen Eigentums (Eigentum im Gesamtwert bis zu 50 000 Lire) der 28. Februar d. J. festgesetzt worden.